

Mitte Altona
Live-Protokoll des Themenabends
vom 03.06.2013

Alle Informationen und Dokumente zum Verfahren sind auf der Internetseite des Projektes abrufbar:
www.hamburg.de/mitte-altona

Dokumentation
Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer
Missundestraße 14
22769 Hamburg
markus.birzer@web.de

Themenabend Inklusion
Live-Protokoll vom 03.06.2013

Moderation: Markus Birzer

Herr Walter

begrüßt die Anwesenden und freut sich, dass trotz des guten Wetters viele Personen gekommen sind. Dabei erkenne er auch welche, die die Bürgerbeteiligung schon länger begleiten. Das Projekt Mitte Altona sei sehr vielseitig. In der Vergangenheit habe es schon viele Themen und Schwerpunkte gegeben, heute gehe es um das Thema Inklusion. Es solle das Projekt „Eine Mitte für Alle“ forciert werden. Komende Woche werde es dann eine Veranstaltung geben, die das Projekt themenübergreifend auswerte. Dafür werde Herr Birzer am Ende der Veranstaltung die Anwesenden fragen, wer bereit wäre, den heutigen Themenabend beim Bürgerforum kurz vorzustellen. Es wäre schön, wenn dafür jemand gefunden wird. Herr Walter fragt zuletzt noch, ob ein Dolmetscher für die Gebärdensprache gebraucht werde, was verneint wird und übergibt an Herrn Birzer.

Herr Birzer

begrüßt die Anwesenden und wird diese heute durch den Abend führen. Es werde wieder eine Podiumsdiskussion nach der Fishbowlmethode geben. So haben auch die letzten beiden Veranstaltungen in Form einer erweiterten Podiumsdiskussion funktioniert. Dabei würden Mitdiskutanten nach vorne kommen können und Ideen einbringen sowie mitdiskutieren.

Vier Personen seien für die heutige Veranstaltung als Experten eingeladen, die permanent vorne sitzen bleiben werden. Einer davon sei Herr Candussi, von dem Verein atempo zur Gleichstellung von Menschen aus Graz, Österreich. Er werde von seinem Verein und seinen Erfahrungen zum Thema Inklusion berichten, sodass man für Mitte Altona eventuell auch etwas übernehmen könne.

Herr Krabbenhöft sei der Bürgermeister der Gemeinde Lindau (Schleswig-Holstein). Er werde aus seiner Gemeinde berichten, die sich zum Thema Inklusion bereits engagiert hat und werde berichten, was gut bzw. weniger gut funktioniert habe.

Herr Krolak sei der Leiter des Sozialmanagements beim Altonaer Spar- und Bauverein und ihm gehe es hier darum, die Aufgaben aufzuzeigen, die Genossenschaften übernehmen, um das Thema Inklusion voranzubringen. Die Unterstützung der Nachbarschaftshilfe sei hier ein Beispiel.

Frau Thomsen sei eine Vertreterin des Forums „Eine Mitte für Alle“, werde davon berichten und eventuell zur Diskussion auch mal den Stuhl bzw. die Rolle wechseln.

Herr Birzer kündigt das Ende der Veranstaltung für 21 Uhr an und erklärt, dass dies allerdings von der Intensivität der Diskussion abhänge. Es könne bei Bedarf auch länger diskutiert werden.

Auf einer Folie wird ein Veranstaltungsrückblick seit der Sommerpause 2012 gezeigt. Am Donnerstag, den 13.06.13 wird man beim Bürgerforum über die letzten Veranstaltungen berichten. Es wurden während des gesamten Verlaufs die Abwendungsvereinbarungen begleitet und für diese auch Argumente

aus der Bürgerbeteiligung geliefert. Diese Vereinbarungen werden bald zu einem Abschluss kommen und dieser werde nach der Sommerpause vorgestellt. Parallel werde der Bebauungsplan vorangetrieben werden.

Herr Birzer bittet die Referenten und Referentinnen nach vorne. Herr Candussi wird gefragt, ob er ein einleitendes Statement zu den Praktiken geben könne, die in Österreich gut funktionieren. Er fragt, was genau der Verein mache und welche Projekte es gebe, um Inklusion zu fördern.

Herr Candussi

begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Einladung. Seine Organisation heiße atempo und sei ein spannendes Projekt, das er mit einer Partnerin betreue. Er habe eine lange Geschichte in der Behindertenarbeit und dort eine Menge berufliche Erfahrungen gesammelt. Er beschreibt, dass sie in ihrer Arbeit irgendwann eine Wende gemacht hätten und sich nun mit Inklusion beschäftigen würden.

Dabei seien sie vor 12 Jahren in England einer Selbstvertretungsbewegung begegnet und hätten mit der Zeit ihre Perspektive verändert in die Richtung des gemeinsamen Lebens. Der Begriff atempo sei erklärungsbedürftig, aber habe genau mit dieser Begegnung zu tun und beinhalte zwei Botschaften. Zum einen wollen Menschen mit Lernschwierigkeiten nicht etwa „Behinderte“ genannt werden. Zum anderen sagen diese Menschen, dass sie alles lernen können, aber nur die richtigen Hilfsmittel und ausreichend Zeit dafür brauchen.

Der Begriff atempo komme aus der Musik. Im Chor komme es oft dazu, dass dieser stets schneller singe und so werde „atempo“ gerufen, um wieder zum eigentlichen, richtigen Tempo zurück zu kehren. Menschen mit Behinderungen bräuchten andere Hilfsmittel, aber eben auch ein anderes, passendes Tempo, so wie eigentlich jeder sein eigenes Tempo zum Erlernen bestimmter Dinge habe.

Mit dem Verein werde versucht, aus diesem Blickwinkel heraus gemeinsame Lösungen zu finden und eine Sozialorganisation aufzubauen. Atempo sei eine inklusive Firma, mit der Spezialität, dass 1/3 bis 1/4 der Beschäftigten Menschen mit Behinderungen seien und dort als Fachpersonal arbeiteten. Die Zielgruppe werde so unmittelbar in der Projekt eingebunden und arbeite im Tariflohn.

Es gehe darum, dass der Mensch seine Einschränkungen als Nutzen kennenlerne. Es gebe bei atempo einen Satz im Leitbild, der besage, dass atempo nur so gut sei, weil die Leute mit eingebunden werden würden, um die es gehe. Darum würden sie nicht nur wissen, was die Normen, Vorschriften und Theorien, sondern auch was die Praktiker verlangen. Das sei der Ansatz. In diesem Bereich seien sie nicht staatlich finanziert, sondern es würden diejenigen zahlen, die auch von den Leistungen profitierten. Sie würden beispielsweise die Bundesimmobiliengesellschaft in Österreich bei einem Neubauprojekt für 30.000 Studenten und einer Bausumme von 500 Millionen Euro beraten. Es sollte bei jedem großen Projekt professionelle Hilfe dazu geholt werden durch Organisationen wie z.B. atempo. Das sei auch der Hintergrund für seine Einladung nach Hamburg.

Herr Birzer

fragt nach den wichtigsten Punkten für eine inklusive Entwicklung bei der Entstehung eines neuen Stadtteils.

Herr Candussi

Es gebe einen elementaren Punkt, der gleichzeitig auch Punkt zwei und drei bedeute und das sei früh anzufangen. Bei dem Uniprojekt sei atempo zwei Minuten nach 12 dazugekommen und es seien schon wesentliche Schritte falsch gesetzt worden. Der Wettbewerb sei damals schon ausgeschrieben gewesen und dabei sei die Barrierefreiheit kein Kriterium gewesen. Man hätte sich viel erspart, wenn man das Projekt früh auf eine breite Planung gesetzt hätte.

Herr Birzer

fragt Herrn Krabbenhöft nach der Einwohnerzahl der Gemeinde Lindau.

Herr Krabbenhöft

antwortet, dass es 1.300 Einwohner gebe.

Herr Birzer

Das sei von der Größenordnung kleiner als das geplante Mitte Altona, sei trotzdem durchaus ein bisschen vergleichbar. Herr Birzer fragt, wie es zu der Idee kam, die Gemeinde inklusiv zu entwickeln.

Herr Krabbenhöft

Vor vier Jahren sollte ein neuer Bürgersteig gepflastert werden und eine Frau im Rollstuhl habe auf Barrierefreiheit hingewiesen. Das sei der Anstoß gewesen. Diese Frau habe damals auch auf das Thema Inklusion hingewiesen und fragte, ob dies nicht etwas für die Gemeinde sei. Er habe mit dem Begriff erst nichts anfangen können. Sie hätten trotzdem diskutiert, auch in größerer Runde, und seien schließlich zu dem Entschluss gekommen, dies als Thema in der Gemeinde aufzunehmen.

Dabei sei die Gemeinde kein Brennpunkt für bestimmte Gruppen und Inklusion hieße ja auch die Einbeziehung aller Menschen. Es sei nicht auf eine Gruppe zugeschnitten. Die Gemeinde habe die Beteiligung allerdings auf Verbände und Vereine, die lokal und regional vertreten seien, erweitert. Es stelle sich die Frage, was Inklusion bedeute. Erste Veranstaltungen hätten zu Fragezeichen geführt, weil das Gefühl entstand, dass es keine großen Probleme in der Gemeinde gebe. Allerdings sei natürlich der demographische Wandel seit Jahren absehbar gewesen und bedeute auch einen gesellschaftlichen Wandel.

Viele Menschen aus der Gemeinde Lindau würden momentan in Kiel arbeiten. Es wurde also eine repräsentative Umfrage gestartet und Haushalte in verschiedenen Altersgruppen nach ihren Wünschen und Problemen befragt. Daraufhin habe es eine umfangreiche Auflistung gegeben und man habe für die Gemeinde einen Handlungskatalog entwickelt.

Die Gemeinde habe dann mit einem Volumen von zwei Millionen Euro ein Pilotprojekt mit sechs Wohnungen gebaut, barrierefrei, generationsübergreifend. Die Nachfrage wäre groß gewesen. Menschen

würden sich anders begegnen als in der Vergangenheit. Denn auch auf dem Land kenne nicht mehr jeder jeden. Durch die große Nachfrage habe sich das Thema verfestigt und sei langsam in den Köpfen angekommen. Wenn man das selber nicht erlebe, denke man darüber auch nicht nach. Der Prozess müsse daher angestoßen werden. In der Heimatgemeinde hätten alle drei Parteien das Thema Inklusion in den Wahlkampf aufgenommen, das sei früher nicht so gewesen.

Herr Birzer

weist auf Live-Protokoll hin. Das stehe sozusagen auch unter dem Motto barrierefrei. Es sei kein Verlaufsprotokoll. Auf Fehler könne jederezit aufmerksam gemacht werden könne. Das Protokoll gehe ca. eine Woche später online. Herr Birzer fragt Herrn Krolak nach den Aufgaben der Nachbarschaftsförderung.

Herr Krolak

Der Altonaer Spar- und Bauverein sei als Wohnungsbaugenossenschaft bekannt und seit über 120 Jahren in Altona beheimatet. Sie hätten 6.620 Wohnungen und über 14.500 Mitglieder. Er würde den Bereich Sozialmanagement koordinieren.

Bei so vielen Mitgliedern gäbe es eine breite Mischung aus Altersgruppen, Wohnwünschen usw. Eine Genossenschaft garantiere ein lebenslanges Wohnrecht. Wohnen umfasst also die Bedürfnisse aus jeder Alters- und Lebenssituation. Für die sich verändernden Lebensumstände sollen Wohnen und Wohnumfeld entsprechende Möglichkeiten bieten Inklusiv Betrachtung heiße, auf alle Menschen mit allen Bedürfnissen zu achten. Es müsse ein Design für alle geben, also entsprechende Angebote, in der sich jede/r wiederfinde, egal in welcher Lebenssituation. Sie hätten sich dagegen entschieden, einseitige Lösungen anzubieten wie beispielsweise Betreutes Wohnen für Senioren. Vielmehr sollen Wohnprojekte unterstützt werden, wo Alt mit Jung und Singles mit Familien in einem Haus leben. Der Begriff dafür sei Mehrgenerationswohnen.

Dabei würden aber nicht nur das Alter zählen, sondern auch die verschiedenen Wohnwünsche. Es gebe beispielsweise ein Neubauprojekt im Othmarschenpark, dessen Wohnungsgrundrisse in 30 oder 40 Jahren leicht verändert werden könnten, wenn z.B. Kinder ausziehen und die Eltern anschließend weniger Platz benötigten. Das Projekt wurde bereits für nachhaltiges Bauen ausgezeichnet.

Für spezielle Lösungen gäbe es entsprechende Angebote, beispielsweise eine Wohngruppe für Menschen mit Demenz in einem Neubau. Aber auch hier sei die Wohngruppe in ein Haus integriert, in dem Menschen jeden Alters sowie Menschen mit und ohne Behinderung leben.

Wichtig sei vor allem auch der direkte Kontakt mit Mitgliedern in Form von Befragungen nach deren Wünschen und Ideen. Viele Mitglieder würden sich Örtlichkeiten und Räumlichkeiten zum Austausch und zum Zusammenkommen wünschen. In einer großen Stadt wie Hamburg, die ja auch als Single-Hauptstadt gilt, seien Netzwerke und Hilfesysteme in Nachbarschaften wichtig.

Zweites Ergebnis der Befragungen sei der Wunsch nach Beteiligung. Es werde versucht, verstärkt Partizipationsprozesse umzusetzen. Es käme beispielsweise bei der Einrichtung von Grünanlagen oder

Spielplätzen dazu. Dies führe zur Identifikation mit dem Wohnumfeld und zu mehr Zufriedenheit. Auch Mitgliederworkshops nach der Methode des Wisdom Council wurden durchgeführt. Die Prozesse seien positiv und es seien spannende Aspekte dabei heraus gekommen.

Her Birzer

fragt Frau Thomsen als eine Vertreterin des Forums „Eine Mitte für Alle“, ob sie sich und das Forum vorstellen könne.

Frau Thomsen

Das Forum gäbe es seit 2012 und sei ein Bürgerforum mit breiter Mitarbeit von BürgerInnen unterschiedlicher Art. Dabei würden verschiedenste Wünsche und Belange vorgetragen, auch von Menschen mit Behinderungen. Da komme die Initiative Inklusion auch her. Allerdings werde das nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern für alle Menschen wichtig sein.

Das Forum habe alles Zusammengetragene in Kriterien formuliert, welche auf Mitte Altona gemünzt seien. Das Forum sei aber eigentlich für Planer und Bauherren bei jedem Neubauprojekt nützlich, damit überall die Voraussetzungen für Inklusion geschaffen würden. Dazu gehöre zu allererst die Barrierefreiheit. Damit sei gemeint, rollend und ohne Stufen überall hinzukommen, sei es in Einrichtungen oder auf der Straße. Zudem sollten wohnungsnaher Räume für Nachbarschaftsaktivitäten gebaut werden als Voraussetzung, dass sich zusammen wohnende Menschen kennen lernen können und zu Nachbarn werden. Nachbarn, die zusammen Freizeit verbringen, sich aber bei Bedarf auch gegenseitig unterstützen. Nachbarschaft in Neubaugebieten muss allerdings angeregt und am Leben erhalten werden. Dafür bedarf es eines dauerhaften professionellen Quartiersmanagements. Das ist in Neubaugebieten besonders wichtig, weil alle Bewohner gleichzeitig neu einziehen.

Frau Thomsen weist darauf hin, dass das Konzept des Forums ausliege und dass die Forderungen für inklusives Planen und Bauen grün hinterlegt seien. Diese seien mit dem Masterplan für Mitte Altona abgestimmt worden. Der sei jetzt verabschiedet und es käme als nächstes der Bebauungsplan. Wenn alles gut gehe, müssten viele Forderungen des Forums darin eingehen.

Herr Birzer

weist auf die Möglichkeit der Mitdiskussion hin. Es könnten jederzeit Interessierte nach vorne kommen. Bis dahin werde er weiter Fragen an die Experten stellen.

Er fragt Herrn Candussi, was für konkrete Punkte zur Qualitätssteigerung eines Neubauquartiers es gäbe.

Herr Candussi

Es gäbe in Österreich 80 Gemeinden, die barrierefrei leben wollen. Der normale Ansatz beginne bei den Kosten, aber das sei der falsche. Inklusion zeige einen anderen Ansatz, der beim Nutzen beginne, da dieser auch etwas wert sei. Schließlich würden auch die Kosten immer vom Nutzen abhängen. Da verändere sich etwas. Weil es durch Inklusion einen Nutzen gäbe, werde es professionalisiert.

Es gäbe mittlerweile schon vielfältige Partner, die nach der Leistung Inklusion fragen würden. Dabei habe atempo zwei strategische Punkte gelernt. Zu allererst solle man die Ziele nicht zu tief hängen. Die Frage nach den Mindeststandards sei einer der größten Fehler, weil sich dadurch Chancen verbaut werden würden.

Für die Wirtschaftsuni habe man ein Handbuch für Planer entworfen. Dabei gebe es drei Kategorien: Die Norm, die Aussagen der Praktiker und beste Beispiel.

Wichtig sei, nicht von Anfang an auf Mindeststandards zu schauen. Es gehe also auch um einen breiten Prozess und darum einzubinden, zu informieren, zu schulen und dran zu bleiben.

Fehler in der Planung würden nicht passieren, weil die Bauherren nur auf ihr Geld schauen würden oder weil bestimmte Designvorschläge umgesetzt werden sollen. Die Fehler würden durch Unwissenheit passieren. Das läge daran, dass Inklusion lange Zeit kein Thema war und viele darüber nichts wissen. Es wurde allerdings die Notwendigkeit gesehen, am Prozess dran zu bleiben. Vorher sei es oftmals so gewesen, dass die Architekten vielfach nicht gewusst hätten, warum Dinge nicht funktionieren, wenn man sie so bauen würde. Es sei also entscheidend, dauerhaft am Prozess dran zu bleiben.

Herr Birzer

fragt Herrn Krabbenhöft, was sich konkret in seiner Gemeinde durch das Projekt verändert habe.

Herr Krabbenhöft

Der Nutzen stehe auch bei ihnen im Vordergrund. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, dass es mehr geben müsse, als nur Baugebiete auszuweisen. Es gehe darum, soziale Verantwortung und einen Wohlfühlfaktor für alle Menschen zu schaffen. Der Wohlfühllevel sei heute in Lindau höher und dies sei der Nutzen der Inklusion.

Die Gemeinde stehe ja auch im Wettbewerb mit anderen Gemeinden und Kommunen und man müsse sich da etwas einfallen lassen. Konkret sei ein Mehrgenerationenhaus gebaut worden, allerdings im kleineren Rahmen als zuvor geplant. Dieses Haus sei der Startschuss für das Zusammenwohnen von verschiedenen Generationen gewesen und habe allen geholfen. Die Menschen würden oft gern Aufgaben übernehmen, wüssten häufig aber nicht, wo sie sich einbringen könnten. Im Mehrgenerationenhaus helfen nun die Jungen den Alten aber eben auch umgekehrt. Alle haben einen Nutzen davon.

Im ländlichen Raum sei die Mobilität eine große Frage. Ein Mobilitätskonzept gebe es ja auch schon für Mitte Altona. Die Gemeinde versuche zu organisieren, dass diejenigen, die keinen Führerschein oder zu alt zum Autofahren sind trotzdem noch mobil bleiben. Wenn man mobil ist, kann man vielleicht länger in seinem Haus auf dem Land wohnen. Auch wenn man alt ist. Fahrgemeinschaften könnten da helfen. Einige Fahrgemeinschaften habe es schon gegeben, andere mussten angestiftet werden. Das funktioniert.

Mittlerweile habe die Gemeinde auch eine hauptamtliche Stelle geschaffen, die sich konkret um die passenden Umsetzungen des Inklusionsgedanken kümmere. Man habe zum Beispiel dazu animiert, dass ältere und jüngere Menschen mehr miteinander kommunizieren. So nehme beispielsweise eine ältere Dame jüngere Kinder zu sich, es gäbe Fahrgemeinschaften für ältere Menschen und barrierefreie Kin-

dergärten. Das Mehrgenerationenhaus solle als Startschuss beispielhaft sein. Eine Investorenlösung sei in Überlegung, um den Prozess fortzusetzen.

Anmerkung aus dem Plenum

Sie habe sich bereits länger mit dem Thema beschäftigt. In der Entwicklung des Projektes Mitte Altona solle Inklusion immer berücksichtigt werden. Dabei sei Beteiligung sehr wichtig. Es gebe immer einen Kern an Leuten, die viel da sind und welche, wo es auch mal wechselt. Es gebe mit der Politik, der Behörde, den Fachexperten für Straßenbau, Verkehr und Wohnen, den Architekten, den Parteien und Menschen mit eigenen Interessen unterschiedlichste Akteure. Es sei eine der größten Herausforderungen, diese Akteure zusammen zu bringen und auf eine gute Art und Weise des Umgehens voran zu treiben. Dies sei nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Bedingung für Inklusion. Es sei ein permanenter Prozess, der nicht einschlafen dürfe. Dranbleiben sei wichtig und eine gute Art miteinander umzugehen gehöre dazu. Dies sei jetzt hier also schon eine Teilverwirklichung.

Frau Thomsen

knüpft daran an und betont, dass der konkrete Anlass zur Diskussion heute das Projekt Mitte Altona sei. Es müsse von Anfang an klar gemacht werden, was wirklich sein müsse. So könne Barrierefreiheit eine Straße für alle meinen und nicht die Trennung von Radfahrern, Autos und Kinder. Die Kinder würden skaten, die älteren Menschen mit Gehwagen unterwegs sein und dies sei in einer Straße kombinierbar. Die Mönckebergstraße diene als Beispiel, wo Menschen entspannt die Straßenseiten wechseln können. Gleichzeitig würde durch die Verlangsamung der Durchgangsverkehr in diesem Neubaugebiet abgeschreckt werden. Es gehe auch um ein autoarmes Wohnen ohne zugeparkte Randstreifen, sodass überall die Straßenseite auch mit Kinder- oder Gehwagen gewechselt werden kann.

Frau Thomsen hält ein Bild mit wenig Verkehr hoch, wo die Straße Lebensraum ist und sich Alt und Jung gemeinsam dort aufhalten. So könne es aussehen

Bei den Bauvorschriften sei wichtig, dass in Gebäuden nicht erst eine Stufe hochgegangen werden müsse, um zum Aufzug zu kommen. Es gehe konkret darum, rollend in die Wohnung zu kommen, also vor allem rollend in den Aufzug. Eine Wohnung, in der man sich mit einem Gehwagen bewegen kann, koste nicht mehr. Es müsse beispielsweise die Dusche bodengleich gebaut werden. Das sei nicht teurer, wenn man es von vorneherein einplant. Man müsse allerdings klären, wie viele rollstuhlfähige Wohnung wirklich erforderlich seien, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung. Denn diese haben einen zusätzlichen Raumbedarf.

Inklusion koste natürlich etwas, umsonst sei das nicht. Aber die Allgemeinheit spare soziale Folgekosten. Es gäbe Untersuchungen, dass Menschen, die in guten inklusiven Nachbarschaften leben, sich für einander mehr einsetzen, aktiver sind und zugleich weniger krank werden würden, also die sozialen Netze weniger belasten. Nicht nur die öffentliche Hand habe einen Nutzen, sondern auch Investoren. Denn ihre Investitionen würden so zukunftssicher werden. Es gebe weniger Kleinkriminalität und Vandalismus in den inklusiven Quartieren, auch das sei erwiesen. Investoren sollten also nicht nur Nachbarschaftsraum zusätzlich schaffen und bezahlen, sie haben auch einen langfristigen Nutzen. Allerdings könne man den Eindruck haben, dass die Investoren bzw. die Grundeigentümer der Mitte Altona möglichst wenig zahlen wollten.

Herr Birzer

bittet Herrn Walter nach vorne und fragt, wie weit das Inklusionsthema bereits im Projekt Mitte Altona umgesetzt sei.

Herr Walter

ist der Meinung, das Projekt Mitte Altona sei schon sehr weit und gut durchdacht, was die allgemeinen Ziele angehe. Es blieben jedoch auch noch Handlungsfelder. So müsse beispielsweise die Gestaltung des öffentlichen Raums besprochen werden. Dies sei jedoch noch nicht möglich, bevor die Abwendungsvereinbarungen ganz abgeklärt seien.

Er könne das Prinzip Inklusion nur unterstützen. Was die Wohnungen und Gebäude anbelange, so sei Barrierefreiheit ein weiteres Handlungsfeld. Wie weit solle man da gehen? Man müsse klären, welchen Status man sofort brauche, wofür man Vorsorge treffen kann und ggf. ob etwas fehle. Er mache allerdings keinen Hehl daraus, dass die eine oder andere Forderung für ihn unter Umständen zu weit gehe. Die Entwicklung benötige noch einige Jahre. Auch nach den Abwendungsvereinbarungen sei noch einiges zu klären.

Für ihn stelle sich zum Beispiel die Frage, wie das Inklusionsthema im sozialen Bereich angewendet werden könne. Da sei schon einiges geschehen. Es müsse aber auch zum Beispiel geregelt werden, wie eine Nachbarschaft, die sich im Aufbau befinde, die finanziellen Lasten verteilen wolle.

Was ihm in diesem Prozess, aber auch schon im Projekt Alsterdorf, klar geworden sei, ist, dass man Akteure brauche, die nicht nur theoretische Inputs gäben, sondern auch die Praxis vorantrieben. Dann stelle sich die Frage: Wie komme man an die Leute heran? Wie können sich beispielsweise die Wohnungsbaugenossenschaften bewegen? Welche zusätzlichen Betreuungsleistungen müssten übernommen werden? Der Altonaer Spar- und Bauverein habe in diesen Fragen sicher einige Erfahrungen. Am Anfang seien die Ansprüche groß, aber man müsse dem ganzen Stabilität geben und sich daran orientieren, was realistisch umsetzbar sei. Es müsse durchdacht werden, wie so etwas in einem aufwachsenden Gebiet funktionieren könne.

Frau Thomsen

merkt an, sie finde es sehr wichtig, dass an alte Menschen gedacht werde, die eine Aufgabe übernehmen möchten. Es gebe viele Menschen, die sich engagieren möchten und man müsse ihnen ehrenamtliche Aufgaben geben und sie anleiten, damit sie sich organisieren könnten. Man habe heute schon ganze Sparten, die sich komplett ehrenamtlich organisierten.

Sie arbeite in der Projektgruppe Sozialraummanagement des Bezirks Altona mit. Dort gehe es zur Zeit darum, vor allem die Räume für Treffs (z.B. Senioren oder Jugendliche) überhaupt zu erhalten. Unter dem Diktat der Haushaltssperre und zunehmender Einsparungen werde es für die Bezirksverwaltung immer schwerer, die vom Bezirk zu tragenden Mietkosten zu zahlen. Überlegungen gehen u.a. dahin, z.B. Seniorentreffs für alle Menschen in der Nachbarschaft zu öffnen, um so zusätzliche Mittel zu bekommen. Darum fordere die AG „Leben im Alter“ der AGPK für Mitte Altona kostenfrei verfügbare, wohnungsnaher Räume für Nachbarschaftsaktivitäten. Diese sollten von den Bauträgern als Sozialbeitrag zur Verfügung gestellt werden. Dabei hätten auch Bauträger einen Gewinn.

Herr Birzer

fragt Herrn Krabbenhöft, ob er in seiner Gemeinde so einen Raum zur Verfügung stelle.

Herr Krabbenhöft

antwortet, es gebe für befristete Zeit so einen Raum. Die Gemeinde habe erkannt, dass so etwas wie ein Nachbarschaftstreff organisiert werden müsse. Von alleine funktioniere das nicht direkt, man müsse den Prozess koordinieren. Das Potenzial sei aber da und viele Menschen würden etwas tun wollen.

Herr Krolak

berichtet, dass der Altonaer Spar- und Bauverein Räume für Nachbarschaftstreffs zur Verfügung stelle. Er versuche immer, die Angebote für alle Generationen offen zu halten. Eine Mischung aus allen Generationen sei spannend, der Fokus liege also nicht nur auf Senioren. Der Altonaer Spar- und Bauverein wolle dabei im Hintergrund bleiben und Hilfe zur Selbsthilfe geben. Wenn aber beispielsweise eine Gruppe nicht weiterläuft, dann bleibe so ein Angebot nicht künstlich am Leben. Er erinnert daran, dass nicht nur geschlossene Räumlichkeiten sondern auch Flächen draußen angeboten werden müssen.

Anmerkung aus dem Plenum

Er arbeite in einem Elternzusammenschluss mit Behinderten und Familien. Er bedankt sich dafür, dass so ein Thema angesprochen werde. Unter den Bürgern gebe es ein enormes Interesse an der Entwicklung. Wann gebe es schon mal die Möglichkeit, so einen Stadtteil auf den Weg zu bringen? Er appelliert an die Beteiligten, Raum für Vielfalt zu schaffen. Auch Baugemeinschaften würden sich engagieren wollen. Wenn man es geschickt anstelle, könnten alle Funktionen zusammengebracht werden. Er glaubt, es sei der richtige Weg, möglichst kleinteilig zu planen und zu bauen. Dadurch werde für eine vernünftige Durchmischung im Stadtteil gesorgt.

Anmerkung aus dem Plenum

Kommt von einer Baugemeinschaft. Ein wichtiger Schritt für die Entwicklung könne sein, dass das Thema Inklusion hier thematisiert wurde, darauf könne man aufbauen. Die vorgeschlagenen Nachbarschaftstreffs würden zu den Inhalten der Baugemeinschaft passen. Manche warteten nur darauf, etwas tun zu können. Wenn Engagement Teil des eigenen Lebenskonzeptes sei, dann sei es lebendig und die Baugemeinschaften können sich gut einbringen. Er persönlich würde gerne mit einer Traditionsgenossenschaft zusammenarbeiten.

Frau Thomsen

Die Baugemeinschaften sollten alle gut verteilt sein. Bei den geplanten 20 Prozent Baugemeinschaften wäre es also toll, wenn nicht alle auf einem Fleck landen würden. Denn für Baugemeinschaften gehören gegenseitige Unterstützung und entsprechende Gemeinschaftsräume zum Programm. Damit könnten sie auch in ihre unmittelbare Umgebung nachbarschaftsbildend wirken, wobei sich Jung und Alt beteiligten.

Herr Candussi

Es sei zu bedenken, dass man meistens mit einer Historie starte. Das treffe sich mit der Philosophie von atempo ganz gut. Barrierefreiheit sei nicht sofort zu erreichen, sondern ist eine Querschnittsmaterie.

Lösungen, die einmal barrierefrei waren, blieben nicht automatisch so. Man müsse sich immer wieder dafür einsetzen, dass das Ganze am Leben bleibe. Man müsse den Gemeinden sagen, dass sie kein Gütesiegel bekommen können, obwohl sie das immer gerne hätten. Das Thema müsse in die Köpfe aller. Zum Beispiel auch in die Köpfe der Öffentlichkeitsarbeiter, um beispielsweise auf barrierefreies Internet aufmerksam zu machen. Man müsse wissen, dass es so etwas gebe und zwar von vornherein. Man müsse alles wissen und bedenken und mit Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit alles vermitteln, besonders an die Bauleute.

Es gebe Hilfsmittel wie eine Datenbank, bei der sich jeder informieren könne, damit man Eigenkompetenz entwickeln könne. So etwas sei immer sehr hilfreich. Selbstverständlich müsse nicht jeder Experte sein, aber jeder müsse wissen, wo man in bestimmten Fällen nachfragen könne. Statt des Gütesiegels müssen die Gemeinden sagen „Wir sind bereit für Barrierefreiheit“, um zu zeigen, dass sie sich mit dem Thema beschäftigen und am Ball bleiben.

Frage aus dem Plenum

Herr Candussi habe eben gesagt, man müsse möglichst früh, am besten schon vor dem Wettbewerb starten, das Thema Inklusion forcieren. Der Wettbewerb sei jetzt aber schon gelaufen. Er erkundigt sich, was Herr Candussi empfehle, um die unterschiedlichen Planungsebenen zusammenzubringen. Er erinnert daran, dass Mitte Altona quasi als Musterquartier dienen könne.

Herr Candussi

Natürlich könne man den Wettbewerb nicht neu starten. Es müsse aber beispielsweise bei einem Gebäude darum gekämpft werden, dass es nun barrierefrei werde.

Er sei aber mit zu niedrigen Zielen nicht zufrieden. 30 Prozent rollstuhlgerechte Wohnungen seien zu wenig. Es müsse an veränderte Wohnbedürfnisse und veränderte Wohnungsangebote gedacht werden. Er würde an den Nutzen auch für den Bauträger erinnern. Man habe anfangs nur ca. 1,5 Prozent Mehrkosten, um eine Wohnung so zu bauen, dass man sie mit geringem Aufwand zu einer barrierefreien Wohnung umbauen könne. Es könne dann eine normal gebaute Wohnung schnell altersgerecht umgestaltet werden, indem neben dem Badezimmer beispielsweise eine Abstellkammer gebaut werden würde und in die Zwischenwand keine Leitungen verlegt werden. Wenn der Platz für ein behindertengerechtes Badezimmer benötigt würde, könne man das Badezimmer mit einfachen Mitteln erweitern. Das erfülle den Zweck, dass man nicht umziehen müsse, wenn man älter werde. Man müsse immer an den Nutzen appellieren. Solchen Wohnungen seien sehr gefragt und könnten auch teurer verkauft werden.

Frage aus dem Plenum

Was für Möglichkeit würde es geben, wenn man sich schon richtig im Prozess befinde? Es sei schon eine städtebauliche Entscheidung getroffen. In der Wettbewerbsausschreibung habe es nur den Begriff Barrierefreiheit gegeben. Das Wort „Inklusion“ habe es dort nicht gegeben. Man sei jetzt erst darauf gekommen, aber man habe noch nicht wirklich reagiert. Er fragt, wie man ein Bewusstsein für das Thema auf ganzer Quartiersebene schaffen könne.

Herr Candussi

sagt, er bleibe bei der Antwort, dass man an den Nutzen und den Mehrwert von Inklusion appellieren müsse. Es betreffe alle Menschen. Damit ist keiner ausgeschlossen auch aus den Überlegungen. Dann entstünde kein Druck, weil sich alle angesprochen und berücksichtigt fühlen. Eigentlich gehe es ganz generell um das Thema Lebensqualität. Damit ließen sich alle Leute überzeugen.

Anmerkung aus dem Plenum

Es gebe verschiedene Stränge, die man verfolgen könne und müsse. Unter anderem sei die Bau- und Stadtentwicklung immer auch ein politischer Prozess. Für den Bezirk Altona sei ein Beschluss gefasst worden, bei dem verschiedene Stakeholder anwesend gewesen seien. Man müsse sehen, wer die relevanten Akteure seien und mit diesen zusammen arbeiten. Inklusion sei kein verlorenes Thema, nur weil es nicht von Anfang an gesehen wurde. Aus gesetzlichen Vorgaben und Konventionen, beispielsweise die Menschenrechtskonventionen, könne man Informationen ziehen, um zu sehen, was vorgegeben sei. Anschließend könne man überlegen, an welchen Stellen man über diese Vorgaben hinausgehen könne und wolle.

Herr Walter

Bis jetzt gebe es ein städtebauliches Modell. Der erste Punkt, wo es konkret werde, sei der Wettbewerb zum Freiraum, der nun starte. Für die Gebäude werde es noch Hochbauwettbewerbe geben. Bezüglich der Gebäude sei die Planung bislang noch nicht so weit, da seien zunächst die Abwendungsverhandlungen abzuwarten. Auch die Erschließungsplanung, also auch Bordsteine usw., sei noch nicht so weit. Das werde das Thema Inklusion noch Auswirkungen haben.

Er wendet sich an Herrn Krolak und fragt, wie in einer Genossenschaft solche Aktivitäten, wie die von ihm angesprochenen, finanziert würden. Denn das werde ja nicht alles von der öffentlichen Hand finanziert. Er freue sich, dass er nun direkt Gelegenheit habe, mit Herrn Krolak einen Vertreter der Genossenschaft befragen zu können. Er erinnert auch an die Möglichkeit, ggf. Flächen im Erdgeschoss für Initiativen zu Verfügung zu stellen, da diese Flächen nicht immer durch Geschäfte bezogen würden.

Herr Krolak

Natürlich sei solcher Raum teuer, soziale Dienstleistungen müssten unterhalten werden. Das koste Geld, sei aber eine Investition in die Genossenschaft selber, in ihren Bestand und die Zukunft. Die würden sich manchmal nicht direkt auszahlen, sondern erst in der Zukunft. Das seien aber in Augen der Genossenschaft gut angelegte Investitionen. Denn von der Zufriedenheit der Mieter profitiere auch die Genossenschaft. Die Betriebskosten der Treffs würden die Genossenschaften übernehmen.

Herr Birzer

fragt, wie viele dieser Treffs es in Altona gebe.

Herr Krolak

antwortet, im Bestand seien es fünf.

Herr Walter

erkundigt sich, wie man das tragen könne, wer die Räume finanziere und auf wie viele Wohnungen ein Treff komme.

Herr Krolak

Die Treffs seien vor allem in älteren Wohnanlagen und da beispielsweise in Örtlichkeiten, wo vorher Gewerbe gewesen sei. Im Neubau gehe man einen anderen Weg. Da werde nicht ein reiner Nachbarschaftstreff ins Leben gerufen, sondern die Gemeinschaftsräume könnten beispielsweise von mehreren Häusern genutzt werden. Man frage immer, welche Wünsche der Mitglieder vor Ort es gebe. Die Treffs werden von den jeweiligen Nutzern geprägt und seien deshalb unterschiedlich.

Es sei das Modell der Genossenschaft, nur unterstützend tätig zu sein. Wer Gemeinschaftsräume nutze, habe in der Regel auch Interesse daran, dass die Räume in Ordnung blieben und instand gehalten werden. Mindestens 400 bis 500 Wohnungen sollten im Einzugsgebiet eines Nachbarschaftstreffs sein. Bei Gemeinschaftsräumen sei das aber auch manchmal kleinteiliger.

Anmerkung aus dem Plenum

Wohnt in Bahrenfeld und wohnt in einer Wohnung des Altonaer Spar- und Bauvereins. Er organisiere in einer Jugendeinrichtung ein Projekt.

Den Nutzen der Inklusion darzustellen sei wichtig, aber er wisse nicht, ob das den Bewohnern in diesem Quartier noch vermittelt werden müsse. Er habe früher in einem anderen Stadtteil gewohnt, wo es ganz anders zuging und es wesentlich mehr Konfliktpotenzial gegeben habe. Er frage sich allerdings, ob das alles für einen Vermieter genau so interessant sei. Er könne sich vorstellen, dass die Vermieter eher am kurzfristigen Gewinn interessiert seien und deshalb Investitionen in ein barrierefreies Quartier scheuten. Ansonsten würden die erhöhten Kosten sicher an den Mieter weitergegeben. Dass die Mieten in Hamburg explodiert seien, sei ja allen bekannt und durch Mietwechsel gebe es auch Mieterhöhungen.

Herr Candussi

Bezüglich der Frage zum Hamburger Wohnungsmarkt sei jemand anderes kompetent, aber er sehe es nicht so, dass das automatisch ein Mehrheitsprogramm sei. Auch in einem toleranten Stadtteil wie Altona müsse man für die Sache werben und es nicht für selbstverständlich erachten, dass alle das gut fänden. Für die Randgruppen habe es sicher einen Nutzen, aber die anderen Leute sähen das nicht zwangsweise so. Bei der Inklusion müsse das Verständnis genau diesen Randgruppen gelten.

Er vergleicht die Situation mit einer Integrationsklasse. Hier dürfe der Lehrer nicht von Integrationskindern reden, sondern nur von Kindern. Alle Kinder einer Klasse seien Integrationskinder. Man müsse hier über die Hürde, dass nicht alle nur Gutes meinen. Ob das funktioniere, hänge von den Rahmenbedingungen ab. Man müsse es hinkriegen, dass alle die Inklusion als selbstverständlich erachten. Schlechte Integration störe alle. Beispielsweise dürfe es im öffentlichen Verkehr nicht sein, dass ein Rollstuhlfahrer den Bus lange aufhalte weil es keine Rampe gäbe. Denn dann fühlten sich automatisch Leute gestört, die z.B. schnell zu Arbeit müssten. Das Ganze sei kein Selbstläufer.

Anmerkung aus dem Plenum

Natürlich sei das kein Selbstläufer, aber die Grundidee sei selbstverständlich. Man müsse wissen, wie weit die Idee gehe. Es sei schwierig, alles zu bedenken. In der unglaublichen Breite des Themas liege auch die Schwierigkeit der Umsetzung.

Herr Candussi

Das sei richtig, aber es gebe hier schon gute Ansätze. Die Idee, dass es nicht ein Altenheim geben soll etc., sondern dass die Leute direkt integriert würden, sei begrüßenswert. Man sollte alte Menschen nicht in ein Altenheim stecken, in dem sie nur mit anderen alten Menschen in Kontakt stünden. Die Leute sollten nicht in einer Masse vorkommen, dann könne man besser damit umgehen. Bei einzelnen alten oder kranken Menschen würde man mehr ihre Person wahrnehmen, als die „Problemgruppe“, der sie angehörten. Schließlich begründe die Angst vorm Anderssein die Masse. Gute inklusive Lösungen würden eben nicht die Masse bedeuten. Ein Mensch mit Behinderungen solle nicht Behinderter, sondern beispielsweise Herr Berger heißen.

Frau Thomsen

Das Forum „Eine Mitte für Altona“ wolle für Mitte Altona die Voraussetzungen schaffen, dass Inklusion möglich werde. Wenn man einmal die Chance habe, alles neu zu schaffen, dann müsse man sie nutzen. Das müsse man gesetzlich oder in einer Vereinbarung verankern. Sonst denke sich der Bauherr, er baut, was er am schnellsten los wird, beispielsweise Eigentumswohnungen. Die Stadt habe einen Joker in der Hand, die Vergabe des Baurechtes. Sie solle den teuer verkaufen. Auch wenn Grundstückseigner oder Investoren zusätzlich Gemeinschaftsräume bezahlen sollten, sei Bauen in Mitte Altona für diese immer noch gewinnbringend.

Anmerkung aus dem Plenum

Wenn der Nutzen bei den Grundstückseignern klar wäre, würde aber doch alles nicht so lange dauern. Man müsse ehrlich sein, ob dies einen finanziellen Gewinn oder einen Prestigegewinn bedeute.

Herr Candussi

Er nehme das Beispiel der Baugenossenschaft. Die Genossenschaftswohnungen würden den Bauherren aus den Händen gerissen. Der Mehrwert werde hier erkannt.

Frage aus dem Plenum

Wo komme das Geld her?

Herr Candussi

Das komme von der Baugemeinschaft, weil diese Wohnungen sich am Ende noch besser verkaufen würden.

Anmerkung aus dem Plenum

Das sei ja schon wieder problematisch, denn Benachteiligte könnten es sich nicht leisten, so eine Wohnung zu kaufen. Migranten zum Beispiel oder Menschen mit Behinderungen, die keinen starken finanziellen Hintergrund aufwiesen, hätten so keinen Zugriff auf den Wohnraum.

Herr Candussi

Bei Mietwohnungen bestehe die Möglichkeit, einen Zuschuss zu bekommen. Bei Eigentum sei dies aber nicht der Fall. Er betont, dass dies in Deutschland aber unter Umständen anders geregelt sei.

Herr Birzer

In Mitte Altona werde ein sogenannter Drittmix angestrebt, darunter seien auch öffentlich geförderte Wohnungen. Er fragt Herrn Krabbenhöft, wie seine Erfahrung sei und ob es auch Gegner der Inklusion gegeben habe.

Herr Krabbenhöft

Es dauere seine Zeit, bis man alle dafür begeistert habe und die Botschaft angekommen sei. Aber grundsätzlich seien, auch von privater Seite, alle dafür gewesen und er habe keine schlechten Erfahrungen gesammelt.

Herr Birzer

will wissen, ob es öffentliche Vorgaben für Wohnungsunternehmer gegeben habe.

Herr Krabbenhöft

Die Wohnungen, die Inklusion berücksichtigen, seien nachgefragt. Das sei die klare Botschaft der Investoren gewesen und so sind sie sich mit der Politik schnell einig geworden.

Frau Thomsen

Es sei wichtig, alle, also auch Investoren und Bauherren, davon zu überzeugen, dass Inklusion gut für alle sei.

Herr Birzer

erkundigt sich nach weiteren Fragen. Es sei 21 Uhr und die Veranstaltung sei bald beendet.

Anmerkung aus dem Plenum

Er habe die Runde schön gemischt gefunden mit Akteuren aus verschiedenen Feldern. Man habe aber das große Problem, dass man nicht direkt mit den Eigentümern diskutiere, sondern mit der Politik und Verwaltung. Am Ende werde nur das Ergebnis der Eigentümer präsentiert. Das sei ein Mangel am Prozess und könne in Zukunft hochproblematisch werden.

Anmerkung aus dem Plenum

Er sagt, er leite die Bürgerbeteiligung mit Herrn Birzer zusammen. Ohne eine inklusive Bürgerbeteiligung würde nichts laufen. Die Bürgerbeteiligung habe deshalb früh angefangen. Alles was besprochen worden sei, sei wichtig und dass alle, die sich beteiligen, gehört werden. Dadurch werde ein öffentlicher Diskurs geschaffen. Diese Stimmung brauche man, sonst überwiege das Geld. Er habe auch mit den Eigentümern gesprochen, die sagten, sie könnten sich nicht ihr eigenes Terrain versauen. Er appelliert daran, weiter intensiv an dem Projekt zu arbeiten.

Herr Birzer

bedankt sich und sagt, dies sei eigentlich ein schönes Schlusswort gewesen. Kommende Woche, am 13. Juni, werde es ein Bürgerforum geben, bei dem von den bisherigen Veranstaltungen Ergebnisse zusammengetragen würden. Er fragt, ob jemand von den Anwesenden dort kurz von der heutigen Veranstaltung berichten würde und verabschiedet sich anschließend.

Herr Walter

bedankt sich für die Runde. Man solle ihm nur noch das eine Wort gestatten: auch die Leute, die Eigentum kaufen würden, entschieden sich für lange Perioden. Man müsse nicht pessimistisch sein. Es habe heute eine ganze Reihe von Detailanregungen gegeben. Der Prozess werde noch eine lange Zeit andauern. Man kenne noch nicht alle Bauherren. Man müsse vermitteln, welche Wünsche die Anwohner haben und dafür sorgen, dass das honoriert werde. Das seien die besten Effekte. Er dankt allen Beteiligten, wünscht einen schönen Abend und verabschiedet sich bis Donnerstag.

Gez. Paula Scholz, Angela Schöttler, Markus Birzer
07.06.2013